

## **VI. DELEGITIMIERUNGS- UND DEMOKRATISIERUNGSPROZESS IN DEN JAHREN 1980-1987**

Unter einem legitimatorischen Gesichtspunkt betrachtet leitete der Tod Park Chung-Hees und der damit verbundene Zusammenbruch des Yushin-Regimes einen Delegitimierungsprozess ein. Dieser Delegitimierungsprozess kann jedoch sowohl aus machtpolitischer als auch aus sozioökonomischer Perspektive erklärt werden. Die politische Legitimität des nach Park angetretenen Chun-Regimes begann mit der blutigen Niederschlagung des Kwangju-Aufstandes 1981 zu erodieren, bis es schließlich zur Demokratieerklärung 1987 kam. Zur Legitimitätskrise trug daneben in entscheidendem Maße ein sozioökonomischer Faktor bei: Die seit den 60er Jahren durch das Park-Regime forcierte ökonomische Entwicklung war ein Grund für das Erstarken der zivilgesellschaftlichen Akteure und deren zunehmendes politisches Bewusstsein. Die außerparlamentarische Oppositionsbewegung erhielt damit seit Beginn der 80er Jahre einen entscheidenden Machtzuwachs.

Im Folgenden wird somit die machtpolitische Konstellation des Militärregimes Chun Doo-Hwan analysiert, das nach dem Tod Park Chung-Hees erneut die Herrschaft in Südkorea übernommen hatte. In diesem Kontext werden die Faktoren, die die Abnahme der politischen Legitimität Chuns bewirkten, näher erörtert.

### **1. Chuns Machtantritt und seine politischen Instrumente**

#### **1.1. Die Machtsicherung des Chun-Regimes durch die Niederschlagung des Kwangju-Aufstandes**

Der Ermordung Parks durch seinen Geheimdienstchef Kim Jae-Kyu folgte ein landesweit verhängter Kriegszustand. Damit fiel die gesamte politische Macht in die Hände des Militärs, das unter Befehl von Chung Syng-Hwa stand, der sich Park widersetzt hatte. Als Chung Syng-Hwa nach dem Tod Parks die Yushin-Verfassung zu annullieren versuchte und zu den Anhängern Parks auf Distanz ging, empfanden die konservativen jungen Generale um Chun Doo-Hwan dies als bedrohlich. Anders als Chung Syng-Hwa wollten diese konservativen Generale die seit 1972 gültige Yushin-Verfassung beibehalten. Dieser Machtkampf fand am 12. Dezember 1979

seinen Höhepunkt, als Chun Doo-Hwan seinen Vorgesetzten Chung Sung-Hwa verhaften ließ und die Führungsposition innerhalb des Militärs ergriff.<sup>251</sup>

Angesichts dieser politischen Ereignisse blieb der parlamentarischen Opposition nicht anderes übrig, als machtlos zuzusehen, da den führenden Oppositionspolitikern, Kim Dae-Jung und Kim Young-Sam, jegliche politische Tätigkeit verboten war und sie daher nicht als Gegenmacht zum Militär fungieren konnten. Damit genoss das Chun-Regime praktisch ein absolutes politisches Machtmonopol. Trotz des andauernden militärischen Gewalteinsatzes und der Repressionen gegen die Opposition stand das Militärregime Mitte der 80er Jahre vor einer neuen Situation. Die oppositionellen gesellschaftlichen Kräfte setzten sich entsprechend ihrer politischen Interessen zu verschiedenen Konstellationen zusammen.

Die gesellschaftlichen Oppositionskräfte können dabei grob in zwei Kategorien gefasst werden: Die eine war die parlamentarische Opposition, die ihr Ziel vorrangig auf den Kampf gegen das militärdiktatorische Regime und für die Verankerung einer demokratischen Ordnung konzentrierte. Nach ihrer politischen Grundüberzeugung mussten und konnten alle gesellschaftlichen Konflikte durch Kompromissbildung im Rahmen des demokratischen Parlamentssystems schrittweise gelöst werden. Beispielsweise versuchte die Oppositionspartei NKDP eine Verfassungsänderung mit der Regierungspartei durchzusetzen. Den anderen Teil der Opposition bildeten die außerparlamentarischen Oppositionskräfte, die sich radikal dem neuen Militär-Regime widersetzen. Die Aktivität der außerparlamentarischen Opposition fand besonders in den Studentendemonstrationen ihren Ausdruck. Parallel dazu begann sich seit den 80er Jahren auch die Arbeiterklasse in den Großfirmen und dichten Industriegebieten aktiv zu organisieren. Der Mittelstand, der durch die Industrialisierung und Urbanisierung an sozialer Bedeutung gewann, zeigte zwar eine unterstützende Sympathie gegenüber der Demokratiebewegung, konnte sich

---

<sup>251</sup> Damit gingen die wichtigsten Stellen im Militär an die Absolventen des elften Abschlussjahrgangs der Militärakademie. Diesem elften Abschlussjahrgang entstammte nicht nur Chun, Doo-Hwan, der mit der Niederschlagung des Kwangju-Aufstandes vom Mai 1980 die Macht an sich riss, sondern auch Roh Tae-Woo, der im Dezember 1987 als Chuns Nachfolger zum Präsidenten gewählt wurde. Vgl. Tennant 1996: 284.

jedoch nicht zur selbständig opponierenden Kraft gegen die autoritäre Herrschaft entwickeln. Das Hauptinteresse des Mittelstandes lag in ökonomischen Vorteilen, die er sich durch eine Demokratisierung erhoffte.<sup>252</sup>

Eine Verfassungsänderung war ein brennendes Interesse der Bevölkerung, die eine Abschaffung der drakonisch gehandhabten Yushin-Verfassung einforderte. Die seit langem durch das Yushin-Regime unterdrückte Bevölkerung sah in der Beibehaltung der Yushin-Verfassung die Wiederkehr einer Militärherrschaft. Nun begannen außerparlamentarische Auseinandersetzungen. Demonstrationen spitzten die politische Lage zu. Die Unruhe wuchs in der Bevölkerung so stark, dass man von bürgerkriegsähnlichen Zuständen sprechen konnte. Die Spannung zwischen den Machthabern und der Bevölkerung gipfelte in einer Militäraktion in der südwestlich gelegenen Stadt „Kwangju“, mit der die Rebellion der Bevölkerung blutig und brutal niedergeschlagen wurde. Mehrere Hunderte Aufständische und Demonstranten wurden dabei getötet.

„In the city ‘Kwangju’ over 2,000 demonstrators called for an end to martial law. Troops were driven out of the city centre, and succeeded in retaking it only with high casualties. In the wake of the Kwangju incident, the government targeted the opposition leaders, removing them from politics. Censorship was reimposed, and over 170 journals were closed down. The government blamed Kim Dae-Jung for stirring up the Kwangju incident, charged him with sedition, and sentenced him to death.“<sup>253</sup>

Der Kwangju-Aufstand und dessen brutale Niederschlagung übten jedoch später schwerwiegende Einflüsse auf die Militärherrschaft aus. Das Militär musste große Ansehensverluste hinnehmen, die Legitimität seiner Herrschaft wurde dadurch auf Dauer in Frage gestellt. John A. Wickham, der damals als Stabchef der US-Armee tätig war, sieht in dem Ereignis den Anfang einer andauernden Legitimationsschwäche und der daraus resultierenden politischen Instabilität:

„The Kwangju uprising is almost unprecedented since the Korean War. The only comparable developments, those in the spring of 1960, caused the downfall of the Rhee government. The principal differences are that regional bitterness played a greater role in the Kwangju riots and that fighting in the city involved actual combat between army

---

<sup>252</sup> Cumings 1997: 388-389

<sup>253</sup> Bedeski 1994: 26. Das Todesurteil gegen Kim Dae-Jung wurde in Anbetracht der Protestbewegung von hauptsächlich amerikanischer Seite nicht vollstreckt. Nach der Strafminderung auf 20 Jahre und der Suspendierung der Vollstreckung der Todesstrafe ging er im Dezember 1982 nach Amerika ins Exil und kam im Februar 1985 wieder zurück.

troops and local folk. This use of the army to fight against Korean citizens is totally unprecedented in modern Korean history, and has the potential for further damage to public trust and support as well as respect for the army.<sup>254</sup>

Deswegen konnte das Regime nur mit steigendem Unterdrückungsniveau das Land unter Kontrolle halten. Die Opposition wurde in der Auseinandersetzung mit der Unterdrückung in ihrer Widerstandskraft gefestigt und ideologisch radikalisiert. Durch die brutale Niederschlagung des Kwangju-Aufstandes und die folgende Verschärfung der Repressionen stabilisierte Chun dennoch seine politische Führungsposition. Jede politische Meinungsäußerung und jede Art von Kritik an der Regierung wurde verboten und unterdrückt.

## **1.2. Die Demokratische Gerechtigkeitspartei (DGP)**

Nachdem die neuen Machthaber um General Chun Doo-Hwan den Kwangju-Aufstand niedergeschlagen hatten, schien damit die politische Situation fest unter Kontrolle der neuen Machthaber zu sein. Am 29. August 1980 trat Chun zur Präsidentschaftswahl an und wurde von dem unter der Yushin-Verfassung von 1972 geschaffenen NCU („Nationale Vereinigungskomitee“) mit absoluter Mehrheit für eine einmalige Amtsperiode von sieben Jahren zum Präsidenten der Fünften Republik (1980-1987) gewählt.<sup>255</sup> Nach seinem offiziellen Amtsantritt ließ er am 22. Oktober 1980 im Kriegszustand in einer Volksabstimmung eine neue Verfassung billigen. Sie wurde mit einer überwältigenden Mehrheit von 95,5 % angenommen und bildete die Grundlage der Fünften Republik. Sie unterschied sich im Wesentlichen nicht von der Yushin-Verfassung von 1972.<sup>256</sup> Der neuen Verfassung nach sollte der Staatspräsident weiter indirekt vom Präsidentschaftskollegium gewählt werden. Im Gegensatz zur Yushin-Verfassung mit ihrer unbeschränkten Wiederwahlmöglichkeit des Präsidenten sollte in der neuen Verfassung aber die Amtszeit des Präsidenten auf sieben Jahre beschränkt bleiben.<sup>257</sup> Eine eventuelle

---

<sup>254</sup> Wickham 2000: 140.

<sup>255</sup> Vgl. Suh, D.-S. 1982: 109.

<sup>256</sup> Ebd.

<sup>257</sup> Vgl. Machetzki/ Pohl 1986: 20.

zukünftige Verfassungsrevision, die die Amtszeit verlängern sollte, durfte nicht den amtierenden Präsidenten betreffen.<sup>258</sup>

Im Januar 1981 wurde die Demokratische Gerechtigkeitspartei (DGP), vergleichbar mit der DRP des Park-Regimes, von den neuen Machthabern als Regierungspartei ins Leben gerufen. Die wichtigen Mitglieder der DGP waren ehemalige Militäroffiziere, die an dem Militärputsch von 1980 beteiligt waren. Die DGP bestand auch nicht nur aus den ehemaligen Mitgliedern der DRP (der Regierungspartei unter Park), sondern auch aus Mitgliedern der NDP (der wichtigsten Oppositionspartei unter Park). Die im folgenden Monat durchgeführten Wahlen zum Parlament sahen die DGP, wie erwartet, als Sieger. Sie errang 90 der insgesamt 276 Sitze in direkter Wahl. Aufgrund des Verhältniswahlsystems wurden ihr weitere 61 Listenplätze zugeteilt, so dass die DGP sich mit einem Stimmenanteil von nur 35,6 % eine absolute Mehrheit von 151 Sitzen (54,7 % der Sitze) sicherte. Die oppositionelle DKP mit einem Stimmenanteil von 21,6 % kam auf 81 Mandate, davon 57 in direkter Wahl. Die weitere Oppositionspartei, die KNP, brachte es mit 13,3 % der Stimmen auf 25 Sitze einschließlich sieben Listenmandaten.<sup>259</sup> Das Chun-Regime begnügte sich jedoch nicht mit diesem Wahlsieg und der dadurch errungenen parlamentarischen Mehrheit. Anders als sein Vorgänger Park organisierte Chun nicht nur seine eigene Partei, sondern installierte auch zwei Semi-Oppositionsparteien<sup>260</sup>, die Demokratische Koreanische Partei (DKP) und die Koreanische Nationalpartei (KNP). Die künstliche Errichtung des Mehrparteiensystems sollte das Chun-Regime mit einer Schein-Legitimation ausstatten.

„Having secured the legal basis of power through the adoption of the new constitution, Chun and his supporters attempted to strengthen their basis of power by devising a party system that would give the government an overwhelming advantage over the opposition. They thus tried to establish a multiparty system, in which the dominant (government)

---

<sup>258</sup> Art. 129 der Koreanischen Verfassung vom 27. Okt. 1980, in: [www.ccourt.go.kr/library/docu\\_material.asp](http://www.ccourt.go.kr/library/docu_material.asp).

<sup>259</sup> Ebd.

<sup>260</sup> Mit „Semi-Oppositionspartei“ meint der Autor dieser Arbeit eher eine Oppositionspartei, die der Regierung gefügig ist, als im Sinne von Juan Linz, der jene als Semi-Oppositionspartei bezeichnet, die zwar ihre eigenen Positionen im Parlament repräsentiert, aber nicht in der Lage ist, die Regierungsmacht zu übernehmen. Vgl. Linz, Juan 1973: 191.

party would be opposed by several minor parties. Furthermore, in this plan there was to be scarcely any competition within the dominant party.”<sup>261</sup>

Die parlamentarische Machtkonstellation zugunsten der DGP und des Chun-Regimes dauerte dank des die DGP begünstigenden Verhältniswahlsystems und der die DKP benachteiligenden Mehrparteienstruktur an, bis die Oppositionspartei bei den Parlamentwahlen 1985 einen deutlichen Machtzuwachs erzielte.

## **2. Legitimitätskrise des Chun-Regimes**

### **2.1. Die „erzwungenen“ Liberalisierungsmaßnahmen**

Trotz der erfolgreichen Unterdrückung des Kwangju-Aufstandes spitzte sich die politische Unruhe im Lande zu. Das Chun-Regime befand sich nach der Niederschlagung des Kwangju-Aufstandes auf dem Höhepunkt einer existenzgefährdenden Legitimationserosion,<sup>262</sup> die sich seit der Gründung der Republik vollzog. Dementsprechend fiel es Präsident Chun sehr schwer, eine politische Aussöhnung herbeizuführen. In Anbetracht dieser zugespitzten politischen Lage kam das Chun-Regime schließlich zu der Erkenntnis, dass es die Bevölkerung beschwichtigen musste, indem es eine liberale Politik einführte, um seinem Regime erneut Zustimmung in der Bevölkerung zu verschaffen und der Radikalisierung der oppositionellen Bewegung entgegenzuwirken. Die Liberalisierungsmaßnahmen des Chun-Regimes waren somit eine unausweichliche Entscheidung des Chun-Regimes, die angesichts der auf sozioökonomischem Fortschritt<sup>263</sup> beruhenden sozialen Differenzierung und der damit einhergehenden Formierung der oppositionellen Kräfte gefällt werden musste.

„Economic growth, urbanization, the growth of the middle class, the spread of education, demands for participation, and the like may increase the ability of the opposition to

---

<sup>261</sup> Han, S.-J. 1989: 283.

<sup>262</sup> Die Legitimitätserosion, die aus der illegalen Machtübernahme und dem Kwangju-Aufstand von 1980 resultierte, betraf nicht nur die Militärdiktatur, sondern auch die USA. Besonders seit dem vom Militär brutal niedergeschlagenen Volksaufstand 1980 in Kwangju verbreitete sich der Antiamerikanismus in der Oppositionsbewegung, besonders unter den Studenten.

<sup>263</sup> Das seit 1961 andauernde Wirtschaftswachstum in Korea sackte zwischen 1979 und 1981 wegen der politischen Wirren um den Tod Park Chung-Hees kurzzeitig ab. Seit 1982 ging es jedoch wieder aufwärts.

mobilize politically and gradually shift the preferences of the elite away from suppression on favor of toleration, depending on the response of the opposition.<sup>264</sup>

Im Zuge der Liberalisierungsmaßnahmen kündigte Präsident Chun im August 1983 die Durchführung eines friedlichen Machtwechsels am Ende seiner Amtszeit 1988 an,<sup>265</sup> wie in der Verfassung vorgesehen (einmalige siebenjährige Präsidentschaft). Anschließend gewährte Chun ungewöhnlich viele Amnestien. Im Februar 1983 hob er bei 250 Personen das seit November 1980 bestehende Verbot politischer Betätigung auf. Weiterhin durften mehr als 1.400 Studenten, die während der Unruhen in diesen Jahren von den Universitäten verwiesen worden waren, im Namen der Hochschulautonomie zu ihren Studien zurückkehren. Im Februar 1984 wurde das Verbot politischer Aktivität für 202 Oppositionellen - außer für die drei Politiker Kim Dae-Jung, Kim Young-Sam und Kim Jong-Pil - aufgehoben.<sup>266</sup>

## **2.2. Die Parlamentswahlen im Februar 1985 und die Debatte über die Verfassungsänderung**

Die Parlamentswahl im Februar 1985 markierte die Rückkehr einer wahren Opposition in die südkoreanische Politik. Im Januar 1985 wurde im Zuge der Liberalisierung für die bevorstehende Parlamentswahl die „Neue Koreanische Demokratische Partei“ (NKDP) gegründet. Die neue Oppositionspartei setzte sich im Wesentlichen aus den Mitgliedern des von Kim Dae-Jung und Kim Young-Sam gegründeten außerparlamentarischen Organisation „Council für the Promotion of Democracy“ (CPD) zusammen und hatte daher eine organisatorische Schwäche, weil die Partei unter der gespaltenen Regie der beiden Politiker stand.

---

<sup>264</sup> Marks 1992: 54.

<sup>265</sup> Südkorea hatte seit der Gründung der Republik (1948) bis 1987 kein einziges Mal einen „friedlichen Machtwechsel“ erfahren. Daher kann man die politischen Prozesse in Südkorea als turbulent und gewaltsam bezeichnen. Die Machthaber, die einmal durch Unterstützung des Volkes an die Macht gelangt waren, hatten kein anderes Streben mehr, als an der Macht zu bleiben. Dass Chun immer wieder feierlich betonte, im Februar 1988 „friedlich“ einem Nachfolger den Platz räumen zu wollen, bezweckte, dass er als der erste Präsident in die Geschichte Südkoreas eingehen wollte, der durch den verfassungsmäßigen Machtwechsel dem Land den Weg zur Demokratie geöffnet hatte.

<sup>266</sup> Vgl. Hong, I.-P. 1996: 93.

Bei der Parlamentswahl im Februar 1985 erhielt die NKDP mit ihrem Programm zur Änderung der Verfassung und des Wahlsystems auf Anhieb 29,2 % der abgegebenen Stimmen, so dass sie im Parlament mit den Listenplätzen auf 67 Sitze kam.<sup>267</sup> Damit wurde sie die zweitstärkste Partei. In den Wahlen drückte sich deutlich die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Regierung Chun aus.<sup>268</sup>

Als die Opposition nach der Parlamentswahl an politischem Gewicht gewann, reagierte das Regime mit strategischen Überlegungen: Einerseits erkannte es die neu entstandene legale politisch-institutionelle Basis der Opposition an. So hob Präsident Chun einen Monat nach der Parlamentswahl 1985 das Verbot politischer Betätigung für die Opposition auf, wobei das Regime die Rivalität der drei Kims<sup>269</sup> einkalkulierte. Das Regime beabsichtigte dadurch, die oppositionellen Kräfte zu spalten. Andererseits setzte das Chun-Regime seine repressive Politik fort, indem der Aktivitätsradius der oppositionellen Politiker insgesamt in zunehmendem Maße beschränkt wurde.

Aufgrund der errungenen Machtbasis standen die NKDP und andere oppositionelle Gruppen dem Regime auf der politischen und gesellschaftlichen Ebene gegenüber, in erster Linie aber sorgten sie im Parlament für Konfrontation. Sie forderten den Rücktritt von Präsident Chun vor Ende seiner Amtszeit 1988 und eine Verfassungsänderung für die Direktwahl des Präsidenten und bezüglich des Abgeordnetenwahlsystems im Parlament. Die Verfassung von 1981 sah wie die

<sup>267</sup> Die NKDP errang 29,2 % der Stimmen, während die DJP nur 35,3 % der Stimmen auf sich vereinigte. Vgl. Kim, C.I. E. 1986: 69.

**Tab. 12: Das Ergebnis der Parlamentswahlen vom 12. Feb. 1985**

Parteien	Mandate nach Wahlkreis	Mandate nach Landesliste	Stimmen in Prozent
DGP	87	61	35.3
NKDP	50	17	29.2
DPK	26	9	19.5
VP	15	5	9.2
Andere	6		6.8

*Quelle:* Moon, Y.-J. 1994: 79.

<sup>268</sup> „Die Wähler hatten sich zweifellos für eine offensive Oppositionspartei entschieden.“ Machetzki/ Pohl 1986: 48.

<sup>269</sup> Es waren Kim Jong-Pil, Kim Dae-Jung und Kim Young-Sam. Allerdings galt die Aberkennung der Bürgerrechte Kim Dae-Jungs - einschließlich des aktiven und passiven Wahlrechts - weiter. Seine vollständige Rehabilitation erfolgte erst im Mai 1987.



Yushin-Verfassung die indirekte Wahl des Staatspräsidenten vor, sowie ein Wahlsystem, das die Regierungspartei begünstigte. Nach diesem System wurde der Staatspräsident von einem Wahlmännergremium, das aus 5.000 Wahlmännern bestand, indirekt gewählt. Das System war vom Machthaber nicht nur leicht manipulierbar, sondern schloss den Sieg eines Oppositionskandidaten praktisch aus. Weiterhin machte das Wahlsystem, das der Regierungspartei die Mehrheit im Parlament sicherte, eine Änderung der politischen Verhältnisse unter der bestehenden Verfassung nahezu unmöglich.

Bezüglich der Forderung der Opposition nach einer Verfassungsreform bestand Chun immer wieder auf einer Verschiebung auf die Zeit nach den Olympischen Spielen, die 1988 in Seoul stattfinden sollten. Als die DGP die Debatte um eine Verfassungsreform einseitig abbrach und die NKDP das Thema im politisch-institutionellen Rahmen nicht mehr artikulieren konnte, leistete sie einen noch stärkeren Widerstand im Rahmen der außerparlamentarischen Bewegungen. Angesichts dieser gespannten Situation erklärte Präsident Chun erneut die Bereitschaft zu Verhandlungen über Verfassungsänderungen noch vor 1988. Dabei schlug er die Gründung eines Komitees für dieses Thema im Parlament vor. Dies bewegte die NKDP, zur parlamentarischen Verhandlung zurückzukehren und die außerparlamentarische soziale Bewegung für eine Verfassungsänderung vorläufig aufzuschieben. So wurde die Verhandlung über die Verfassungsänderung Mitte 1986 wieder eröffnet. Nun fand die Debatte im Parlament statt. Zwar waren beide Lager diesmal bereit zu einer Verfassungsänderung, aber mit unterschiedlichen Akzentuierungen. Die Opposition forderte weiterhin die Rückkehr zu direkten Präsidentschaftswahlen (wie sie bis 1972 praktiziert worden waren) im Rahmen eines Präsidialsystems, während das Regime auf die Einführung eines Parlamentarismus bestand. Die Regierungspartei DGP wollte also das Konzept einer parlamentarischen Verfassung beibehalten, das während der Zweiten Republik vorübergehend praktiziert worden war, aber den Präsidenten wieder direkt von der Bevölkerung wählen lassen. Beide Entwürfe waren offensichtlich das Ergebnis pragmatischer Strategien: Die DGP fürchtete, dass ihr Kandidat die Direktwahl um die Präsidentschaft nicht für sich würde entscheiden können, erwartete aber, dass sie

ihre Machtposition als stärkste Partei in der zukünftigen Parlamentswahl im Parlamentarismus erhalten könne. Die Oppositionspartei NKDP hatte eine entsprechend umgekehrte Einschätzung, sah also ihre größere Chance in der direkten Wahl des Präsidenten im Präsidentialismus.

Als die Verhandlungen mit dem Chun-Regime aufgrund der unterschiedlichen Hintergedanken der beiden Lager im Parlament wieder nicht weiter voran kamen, führte dies zu heftigen Demonstrationen auf der Straße. Gegen diese ging das Regime weiterhin außerordentlich hart vor. Zwischen Juli und November 1986 wurden über 3.500 Teilnehmer während zahlreicher Protestaktionen verhaftet. Fünf Universitäten wurden geschlossen. Nach Ausmaß, Heftigkeit und Zahl der Verhafteten war es der schwerste Zusammenstoß zwischen Regimekritikern und staatlichen Sicherheitskräften seit dem Volksaufstand in Kwangju. Angesichts dieser Lage drohte nun die NKDP mit der Beendigung der Verhandlungen. Sie kehrte wiederum zum außerparlamentarischen Kampf zurück, um sich mit anderen oppositionellen Gruppierungen zusammenzuschließen. Die Opposition nahm die Bewegung zu Gunsten einer Unterschriftensammlung für die Verfassungsreform wieder auf und radikalisierte die Demonstrationen gegen das Regime. Darauf antwortete das Regime unbeirrt mit seinem Polizeiapparat und verhinderte so die geplanten Protestaktionen in Seoul gegen Ende November 1986.

### **2.3. Erstarren der oppositionellen Akteure und Eskalation der außerparlamentarischen Bewegung**

Der Liberalisierungskurs des Chun-Regimes ab Mitte der 80er Jahre löste einen gesellschaftlichen Mobilisierungs- und vor allem Organisationsschub aus, der zur Konstituierung einer Vielzahl neuer zivilgesellschaftlicher Akteure führte, die immer mehr auf eine politische Liberalisierung drängten. Jetzt war das Regime mit der erstarkenden Oppositionsbewegung von Studenten, christlichen Organisationen und anderen oppositionellen Gruppierungen konfrontiert. Das Erstarren der Zivilgesellschaft wirkte sich stark auf die demokratische Transition aus<sup>270</sup>. Im

---

<sup>270</sup> „Extensive mobilization of civil society was a crucial source of pressure for democratic change.“ Diamond 1993: 5.

Mittelpunkt der Demokratisierungsbewegung standen die Studenten und Arbeiter, die das autoritäre Chun-Regime in organisierter Form auf Dauer unter Druck setzten.

### **2.3.1. Die Studentenbewegung**

Bei der Betrachtung der politischen Entwicklung in Südkorea kann man nicht an der Rolle der Studenten vorbeischaun, die als opponierender Gegenpol zu den autoritären Machthabern im Zentrum der außerparlamentarischen Oppositionsbewegung standen. Es waren vor allem die Studenten, die im Jahre 1960 nach dem Wahlbetrug den Sturz des autoritären Rhee-Regimes herbeiführten. Auch während des Park-Regimes drückte die Studentenschaft als Regimegegner ihren Widerstand in verschiedenen Aktionen gegen Wahlmanipulation (1967), die Verfassungsrevisionen (1969 und 1972) aus und wirkten als ein wichtiger Faktor für den Zusammenbruch des Yushin-Regimes.<sup>271</sup> Die Studentenschaft war auch eine der Haupttriebkkräfte des Juni-Aufstandes kurz vor der Demokratisierungserklärung 1987.<sup>272</sup>

Innerhalb der Studentenbewegung stand bis in die 70er Jahre der Kampf um die Demokratie und gegen die Diktatur im Vordergrund. Dann vollzog sich seit Anfang der 80er Jahre eine ideologische Wende. Extreme politische Ideologien, inklusive

---

<sup>271</sup> Dabei ist anzumerken, dass das nationale Bewusstsein die traditionelle Ideologie der koreanischen Studentenbewegung von der Kolonialzeit bis zur Gegenwart ist. Solange das „Vaterland“ durch Einmischungen fremder Mächte (vor allem der USA, aber nicht zuletzt auch Japans) geteilt ist, wie dies von der heutigen Studentenbewegung dargestellt wird, ist der nationalistische Anspruch der Studentenbewegung unantastbar. Nationalistisches Gedankengut als Leitmotiv der Studentenbewegung ist z.B. aus der folgenden Erklärung der Studenten gut ersichtlich: The statement of the Korea University Student Council, March 30, 1964, regarding its protest demonstrations against approachment with Japan: „Throughout the long history of Korea, we 6,000 intellectuals of Koryo-University have not hesitated to take action whenever dark shadows were cast over the Fatherland [...] We students have struggled to find the ideology of leadership inside the ivory tower because we judged the April Revolution (against the Rhee-regime) to have an attempt to purify the national sense of our independence.“ Vgl. Henderson 1968: 429.

<sup>272</sup> Unter den zivilgesellschaftlichen Akteuren fungierte die Studentenschaft als ein informell wirkender Akteur in der politischen Arena. Die Studentenbewegung war der einzige konfliktaustragende Akteur während der repressivsten Phase des Chun-Regimes. Vgl. Croissant 1997: 152.

des bis dahin tabuisierten Marxismus-Leninismus und die damit zusammenhängende „Minjung“-Ideologie<sup>273</sup> prägten in der Folgezeit die studentischen Aktivitäten.

Die blutige Niederschlagung des „Kwangju-Aufstandes“ im Jahr 1980 wirkte auch innerhalb der Studentenbewegung als Auslöser des Antiamerikanismus. Die Studentenschaft kritisierte die USA nicht nur massiv wegen ihrer zwielfichtigen Stellungnahme während des Kwangju-Aufstandes, sondern machte sie auch für die politischen Missstände verantwortlich. Die Studenten forderten den Rückzug der US-Militärtruppen aus Südkorea und die Beendigung der wirtschaftlichen Abhängigkeit von den USA.

Im Zuge der Liberalisierungspolitik des Chun-Regimes organisierten die Studenten Ende 1983 auf nationaler Ebene die Konföderation der demokratischen Studentenbewegung („Minchungryun“) und auf Hochschulebene den Rat für die Demokratisierung der Hochschulen („Hakjachu“).<sup>274</sup> Die Ziele der Studentenbewegung waren nunmehr: Nationale Unabhängigkeit (vor allem von den USA), Wiedervereinigung mit dem Norden, Beendigung des Monopolkapitalismus der Großkonglomerate „chaebol“ und soziale Gerechtigkeit sowohl für die Bauern und Arbeiter als auch für die Kleinbürger. Immer mehr Studenten, denen wegen wiederholter Beteiligung an Demonstrationen Studienverbot erteilt worden war, setzten ihren politischen Kampf gegen das militärische Regime fort. Dies spiegelte

---

<sup>273</sup> Bei der „Minjung“(Volks)-Ideologie handelt es sich weniger um ein konkret ausformuliertes und kodifiziertes Konzept als vielmehr um ein Amalgam aus Befreiungsideologie, Neo-Marxismus und Überlegungen der Dependenztheoretiker. Die „Minjung“- oder „Sammin“-Ideologie basierte auf der Propagierung dreier zentraler Prinzipien politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Handelns: „Minju“ (Demokratie), „Minjok“ (Nation) und „Minjung“ (Volk). Minjung umfasst die unterdrückten und ausgebeuteten Schichten der Bevölkerung, d.h., Arbeiter, Bauern, städtische Unterschichten, aber auch die Mittelschichten. Die fundamentale Ursache für die Deprivation und Exklusion dieser Schichten sieht die Minjung-Ideologie in der auf Betreiben der USA zustande gekommenen Teilung des Landes und der engen politischen und gesellschaftlichen Anbindung des militärischen Regimes Südkoreas an die Vereinigten Staaten. Die hieraus abgeleiteten politischen Forderungen zielten auf eine grundlegende Reform des Wirtschaftssystems, um so die Partizipation des Volkes am erwirtschafteten Wohlstand („Minjung“-Prinzip) zu ermöglichen, auf die Errichtung einer „Minjung“-Demokratie anstelle eines liberaldemokratischen Systems, deren Basis die Arbeiter, Bauern, Studenten und städtischen Armen bilden sollten („Minju“-Prinzip), sowie auf die Beendigung der abhängigen Beziehung zu den USA und die Wiedervereinigung des Landes („Minjok“-Prinzip). Vgl. Choi, J.-J. 1993: 17.

<sup>274</sup> Vgl. Kim, J.-K. 1993: 81.

sich in ununterbrochenen Studentendemonstrationen bis zur „Erklärung vom 29.6.1987“ wieder.<sup>275</sup>

Trotz ihres maßgeblichen Beitrags zur Demokratisierung und der zentralen Rolle als antidiktatorischer Akteur fand die Studentenbewegung kaum partizipierende Resonanz in der breiteren Bevölkerung. Sie blieb nur eine begrenzte Bewegung für die Demokratisierung. Je mehr sich die Studentenbewegung radikalisierte, desto mehr stieß sie auf Unverständnis seitens der südkoreanischen Bevölkerung. Die politische Relevanz der Studentenbewegung lag jedoch vor allem darin, dass sie, trotz oder gerade wegen ihrer Radikalisierungstendenz, den Prozess der Legitimitätserosion des Militärregimes beschleunigte.

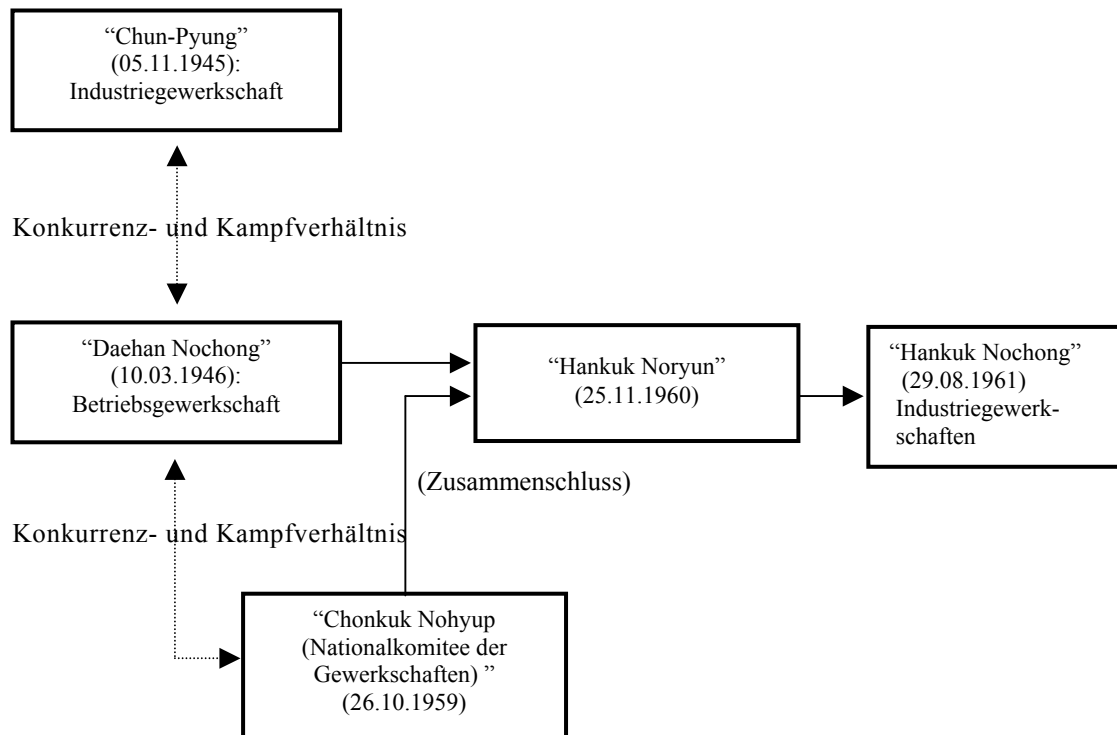
### **2.3.2. Die Arbeiterbewegung**

Der Ursprung der koreanischen Arbeiterbewegung geht bis in die 1920er Jahre zurück, wo sich die linksorientierten Intellektuellen unter der japanischen Kolonialherrschaft bemühten, die Arbeiterschaft zu organisieren. In dieser Anfangsphase der organisierten Arbeiterbewegung entstanden im Verlauf des Unabhängigkeitskampfes gegen die japanische Besatzung die Gewerkschaften. Die in dieser Zeit starke Neigung der Arbeiterbewegung zum Kommunismus führte nach der Unabhängigkeit von 1945 zur Bildung eines gesamt-koreanischen Arbeiterrates. Die „Chun-Pyung“ (Nationalversammlung der Koreanischen Gewerkschaft) als eine nationale Arbeiterorganisation hatte jedoch keinen langen Bestand, da die US-Militärregierung und das nachfolgende Rhee-Regime ihn mit der Gründung von „Daehan Nochong“ (Gesamtarbeiterkoalition Koreas) unterdrückten.

---

<sup>275</sup> Vgl. Chung, E.-S. 1989: 33.

**Abb. 3: Entwicklung des Gewerkschaftsbundes in Südkorea**



Quelle: Lim, Y.-I. et. al. 1994: 161.

Unter dem Park-Regime wurde die Arbeiterschaft mit ihren Forderungen nach höheren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen streng unterdrückt. Da sich die Wirtschaftspolitik des Park-Regimes auf billige Arbeitslöhne und arbeitsintensive Produkte stützte, nahmen die Repressionsmaßnahmen gegenüber der Arbeiterschaft eine Schlüsselstellung zum Zwecke der Wirtschaftsentwicklung ein.<sup>276</sup> In diesem Sinne sollte der durch die KCIA gegründete Gewerkschaftsdachverband „Hankuk Nochong“ (Koreanische Gesamtarbeiter-koalition) der Arbeitspolitik des Regimes zur effektiven Kontrolle der Arbeiterschaft dienen.<sup>277</sup> Durch die repressive Kontrolle der Arbeiterschaft durch das Park-Regime stellte diese trotz vereinzelt vorkommender Unruhen anfangs keine gravierende Gefahr dar. Als sich jedoch der

<sup>276</sup> Vgl. Song, H.-K. 1991: 1.

<sup>277</sup> Hier gibt die strukturalistisch-funktionalistische Argumentation Aufschluss: Der Theorie zufolge begründet sich die Schwächung der Arbeiterschaft auf die strukturellen „constraints“, d.h., die staatskorporatistische Kontrolle der arbeiterschaftlichen Vertretungsorgane und die Unterdrückung gewerkschaftlicher Autonomiebestrebungen durch das autoritäre Militärregime. Vgl. Rueschemeyer/ Huber-Stephens/ Stephens 1992: 282.

Schneider Jeon Tae-Il aus Protest gegen die unwürdigen Arbeitsbedingungen am 13. November 1970 selbst verbrannte,<sup>278</sup> breitete sich die Arbeiterbewegung vehement aus. Die Zahl der Arbeitskonflikte erreichte in dieser Zeit das höchste Niveau während der gesamten Herrschaft des Park-Regimes (vgl. Tab. 14). Vor diesem Hintergrund wurde im Dezember 1971 auf Initiative von Park Chung-Hee ein „Gesetz über die nationale Sicherheit“ eingeführt, das das Recht auf Tarifverhandlungen und gewerkschaftliche Aktivitäten der Arbeiterschaft einschränkte und die staatliche Intervention in die Arbeitskonflikte verstärkte.<sup>279</sup>

---

<sup>278</sup> Vgl. Lim, Y.-I. et. al. 1994: 176.

<sup>279</sup> Ebd., S. 175.

**Tab. 13: Die Streitfragen des südkoreanischen Arbeitskampfes**

<b>Jahr</b>	<b>1969</b>	<b>1970</b>	<b>1971</b>	<b>1972</b>	<b>1973</b>	<b>1974</b>
Lohnerhöhungen	-	-	1.014	171	100	361
Bessere Arbeitsbedingungen	-	-	137	59	81	41
Entlassungen	47	33	182	38	63	51
Arbeitsrechtsmissbrauch	28	48	96	41	95	46
Tarifverhandlungen	-	-	98	33	18	59
Andere	60	82	129	4	10	97
Insgesamt	130	165	1.656	346	367	666

*Quelle:* Sohn, H.-K. 1989: 42.



Das darauffolgende Yushin-Regime verkündete 1975 ein noch restriktiveres Arbeitsgesetz.<sup>280</sup> Dieses ermöglichte die uneingeschränkte staatliche Intervention in gewerkschaftliche Aktivitäten.<sup>281</sup> Durch die noch stärkere Unterdrückung der Arbeiterschaft und Kontrolle der Arbeitsverhältnisse sowie die Restriktionen des Tarifverhandlungsrechts waren somit gewerkschaftliche Aktivitäten praktisch unmöglich geworden.

Insgesamt betrachtet konnte die Arbeiterbewegung während des Park-Regimes keine bedeutende Position als politische Kraft innerhalb der Opposition einnehmen. Sie blieb bis zur Ermordung Parks erheblich den repressiven Maßnahmen und Gesetzgebungen ausgesetzt. Das hing in erster Linie damit zusammen, dass sie nicht in der Lage war, mit etablierten oppositionellen Kräften zu kooperieren. Isoliert von den Oppositionsparteien und -politikern konnte die Arbeiterschaft kaum als eine für das Regime bedrohliche Kraft auftreten, geschweige denn eine „eigenständige“ Organisation bilden, um ihre existenzbezogenen Interessen durchzusetzen.<sup>282</sup>

Konfrontiert mit einem explosionsartigen Zuwachs der Arbeitskonflikte im Jahre 1980, ging das Chun-Regime mit der Arbeiterschaft noch härter um. Chun ließ am 31. Dezember 1980 ein Arbeitsrecht erlassen, wonach Streiks nur mit Regierungsgenehmigung durchgeführt werden durften. Nur noch Betriebsgewerkschaften wurden erlaubt sowie in jedem Unternehmen nur eine Gewerkschaft zugelassen. Ein aus Arbeitgebern und Arbeitern zusammengesetzter Sonderrat übernahm die Schlichtungsfunktion bei Streitigkeiten, wobei keine dritte Partei sich einmischen durfte. Auf diese Weise wurde die legale Basis für die Unterdrückung der gewerkschaftlichen Aktivitäten geschaffen und die Arbeiterschaft der Kontrolle und Manipulation der Regierung unterworfen. Trotz dieser drakonischen Gesetzgebung gelang es dem Chun-Regime nicht, die immer stärker aufbegehrende gesellschaftliche Forderung nach Liberalisierung und Demokratisierung weiter zu unterdrücken. Das Regime musste allmählich liberalisierende Zugeständnisse

---

<sup>280</sup> Das erste Arbeitsgesetz wurde im Jahre 1953 während des Koreakrieges verabschiedet. Vgl. Lim, Y.-I. et. al. 1994: 160.

<sup>281</sup> Vgl. Ebd., S. 177.

<sup>282</sup> Vgl. Cumings 1997: 370.

machen. Die Protestaktionen der radikalen Studenten, die Versuche der Interessensartikulation von Seiten der Arbeiter sowie die sympatisierende Unterstützung christlicher Organisationen aggregierte die gesellschaftliche Unzufriedenheit zum einem Reservoir an Protestkraft. Diese Bemühungen gipfelten schließlich in der Demokratisierungserklärung im Jahr 1987.

### **2.3.3. Der „Juni-Aufstand“**

Trotz des vehementen Drucks der breiten Opposition erklärte Chun die Verfassungsreformdebatte für beendet und gab die sogenannte „Erklärung vom 13. 4. 1987“ bekannt, die die Beibehaltung der Verfassung von 1981 einforderte. Damit wollte Chun Doo-Hwan den Status quo erhalten und das autoritäre, vom Militär gelenkte Regime absichern. Diese einseitige Erklärung Chuns empörte die Bevölkerung und löste eine mächtige Protestwelle aus. Davon unbeirrt ernannte Chun den Ex-General Roh Tae-Woo unter der bestehenden Verfassung am 9. Juni 1987 offiziell zu seinem Nachfolger. Die Nominierung Roh Tae-Woos als Chun's Nachfolger spitze die Stimmung im Lande zu, da die Bevölkerung in der Erklärung eine Verlängerung der Militärherrschaft sah. Das ganze Land geriet in eine bis dahin unbekannte Protestwelle, die als „Juni-Aufstand“ 1987 in die Geschichte einging. An diesen monatelangen Demonstrationen, Protestaktionen und Streiks nahmen mehrere Millionen Menschen im ganzen Land teil.

„Allein am 9. Juli säumten ein bis zwei Millionen Menschen die Straße der 10 Millionen Einwohner zählenden Metropole Seoul, um dem Wochen zuvor von einer Tränengasgranate tödlich getroffenen Studenten Lee Han-Yol das letzte Geleit zu geben.“<sup>283</sup>

Angesichts der teilweise gewalttätigen Massenproteste stand das militärdiktatorische Chun-Regime vor der Entscheidung, entweder nochmals durch Militäreinsatz die Volksbewegung zu unterdrücken oder sich zu beugen. Das Chun-Regime befand sich in einem Dilemma: Die blutige Niederschlagung des Kwangju-Aufstandes hatte bereits gezeigt, dass es dem Chun-Regime damals trotz des massiven Einsatzes von Gewalt und täglicher Repression nicht möglich gewesen war, seine Herrschaft zu

---

<sup>283</sup> Werning 1987: 1129.

festigen. Die regierenden Eliten fürchteten eine wachsende Unruhe der Bevölkerung, wenn nun noch stärkere Repression eingesetzt würde. Darüberhinaus konnte das Regime eine weitere Verschlechterung seines internationalen Ansehens aufgrund der Olympischen Spiele 1988 nicht riskieren. Es gab für das Chun-Regime und die US-Regierung keine andere Wahl, als erstmals die politischen Forderungen der Opposition anzuerkennen.<sup>284</sup>

### **3. Einleitung des Demokratisierungsprozesses**

#### **3.1. Das „Acht-Punkte-Demokratisierungsprogramm“ Rohs vom 29. Juni 1987**

Unter dem Druck der monatelangen heftigen Proteste der Bevölkerung gab der Präsidentschaftskandidat Roh plötzlich am 29. Juni bekannt, auf die Forderungen der Opposition bedingungslos einzugehen. Sein „Acht-Punkte-Demokratisierungsprogramm“ umfasste folgende Inhalte:<sup>285</sup>

1. Eine Verfassungsänderung für die Direktwahl des Präsidenten 1987,
2. eine Änderung der bestehenden Wahlgesetze,
3. die Rehabilitation des Oppositionspolitikers Kim Dae-Jung,
4. Gewährleistung und Schutz der Grundrechte. Die Regierung müsse alles tun, um eine Verletzung der Menschenrechte zu verhindern.
5. die Garantie der vollkommenen Pressefreiheit,
6. die Einführung der kommunalen Selbstverwaltung,
7. Gründungsfreiheit und ungehinderte Betätigungsmöglichkeit für alle politischen Parteien,
8. durchgreifende soziale Reformen, um Kriminalität und tief verwurzelte Korruption, grundlose Gerüchte, regionale Rivalitäten und Schwarzweiß-Denken auszumerzen und eine saubere und ehrliche Gesellschaft zu ermöglichen.

---

<sup>284</sup> Angesichts dieser Lage urteilte auch die US-Regierung, dass Konzessionen an die Opposition für die Durchsetzung ihrer Interessen in Südkorea vorteilhaft sein würden. Deshalb boten sie alles auf, eine Intervention des Militärs zu verhindern. Gleichzeitig wurde nachdrücklich von mehreren US-Repräsentanten der beiderseitige Kompromiss zwischen der Regierungs- und der Oppositionspartei betont. Vgl. Werning 1988: 96.

<sup>285</sup> Vgl. Song, B.-R. 1992: 182.

Das „Acht-Punkte-Demokratisierungsprogramm“ stellte sich auf die Wiederherstellung der Demokratie im institutionellen Bereich ein. Der Präsidentschaftskandidat der Regierungspartei Roh Tae-Woo - er war am Kwangju-Aufstand beteiligt und gehörte zur engen Clique des Diktators Chun Doo-Hwan - versprach umfassende, allgemeine, bürgerlich-demokratische Rechte, z.B. die Freilassung aller politischen Gefangenen und die Garantie der Arbeiterrechte, die im Laufe des Industrialisierungsprozesses an extrem niedrigen Löhnen, Überstunden und häufigen Arbeitsunfällen zu leiden hatten. Als größte Neuerung wurde jedoch zum ersten Mal in der koreanischen Geschichte ein Verfassungsgericht geschaffen, welches die Rolle eines neutralen Gegengewichtes zu Regierung und Parlament bilden und die Einhaltung der Verfassung kontrollieren sollte.

Diese liberaldemokratische Erklärung bedeutete für die oppositionellen Kräfte einen großen Sieg im langjährigen Kampf um Demokratie gegen die autoritäre Militärherrschaft in der Politik Südkoreas.<sup>286</sup> Als Hintergrund dieses Erfolges ist zunächst ein verstärktes demokratisches Selbstbewusstsein der Bevölkerung zu nennen. Die freiwillige und engagierte Teilnahme der Bevölkerung an den Demonstrationen und ihr Widerstand ließ den Machthabern keine andere Wahl, als die Forderungen zu akzeptieren.

Am 25. Juli wurde Rho offiziell Nachfolger Chuns als Parteichef, und die Regierungspartei DGP (Demokratische Gerechtigkeitspartei) gab offiziell seine Kandidatur zur Präsidentschaftswahl bekannt. Er hatte sich mit seiner Erklärung eine gute Ausgangsposition für die Präsidentschaftswahlen geschaffen. Nach der Verkündung des „Acht-Punkte-Demokratisierungsprogramms“ vom 29. Juni wurden die außerparlamentarischen demokratischen Organisationen, die bisher gemeinsam mit der oppositionellen Partei (anfangs mit der NKDP, später mit der DWP) für die Demokratie gekämpft hatten, erst langsam, dann ganz plötzlich von der politischen Bühne verdrängt. Durch die totalen Konzessionen des Regimes ging die Vorbereitung der Verfassungsreformen wieder in die Hände des Parlamentes über.

---

<sup>286</sup> Die sensationelle Erklärung fand die volle Unterstützung der rivalisierenden Lager: Insbesondere Kim Dae-Jung bezeichnete sie als „großen Schritt nach vorn von Herzen“. Vgl. Hielscher 1988: 457.

Die oppositionelle Partei DWP (Demokratische Wiedervereinigungspartei) war die einzige legale institutionelle Repräsentation für die gesamten demokratischen Kräfte. Trotz ihrer initiierenden Aktivitäten hatte sie im gesamten Transitionsprozess eine organisatorische Schwäche: Zwischen den demokratischen Kräften und der Bevölkerung gab es zeitlich und räumlich kaum Berührungspunkte. Dadurch konnten die demokratischen Kräfte der Bevölkerung im weiteren Prozess nicht als ein gebündeltes Verhandlungsgewicht eingesetzt werden.

### **3.2. Die erste demokratische Verfassung von 1987**

Angesichts der seit 1960 heftigsten Demonstrationswelle im Juni 1987 gegen das Chun-Regime lenkte das Regime für die Opposition überraschend ein und versprach, gemäß dem „Acht-Punkte-Demokratisierungsprogramm“ eine neue Verfassung zu konzipieren. Die regierende Partei DGP und die Oppositionsparteien arbeiteten zusammen eine Verfassung aus, die allen Forderungen der Opposition entsprach. Basis war die Verfassung der Dritten Republik. Am 12. Oktober 1987 verabschiedete das Parlament die neue Verfassung mit nur vier Gegenstimmen. Am 27. Oktober 1987 wurde sie im sechsten Verfassungsreferendum seit 1963 vom Volk angenommen. Als gemeinsames Produkt von Regierung und Opposition und aufgrund der Annahme von Forderungen aus der Bevölkerung erhielt sie eine stärkere Legitimation.

“The new constitution of the Sixth Republic upgraded the Korean national legislature to make it more equal to the executive branch. Formally, it is no longer “the handmaiden” of the executive branch headed by the powerful presidency. Under the authoritarian Fifth Republic, the President was empowered to dissolve the legislature under the pretext of national security or a crisis. In contrast, under the constitution of the current Sixth Republic, the National Assembly cannot be dissolved by the president under any circumstances, including those of national emergencies. It is no longer required to be in session for a maximum of only 150 days a year in order to work on the agenda set by the executive branch. Constitutionally, the current legislature is provided with the independent authority to represent its electorate in policy-making and to check the executive branch on a year-round basis.”<sup>287</sup>

---

<sup>287</sup> Shin, D.-C. 1999: 145.

Die neue Verfassung der Sechsten Republik (1988-1993)<sup>288</sup> sah ihre wichtigste Aufgabe darin, Probleme zu lösen, die sich unter dem vorhergehenden Unrechtsregime ergeben hatten. Im Bereich der Staatsorganisation sah man die größte Gefahr in einer Machtkonzentration beim Präsidenten und einer hierdurch bedingten Schwächung des Parlaments. Um die Befugnisse des Staatsoberhauptes zu beschränken, wurden einige Sicherheitsvorkehrungen in die Verfassung eingebaut: Nach der neuen Verfassung wurde der Staatspräsident vom Volk direkt gewählt (Art. 67, Abs. 1) und seine Amtszeit auf fünf Jahre ohne die Möglichkeit einer Wiederwahl begrenzt (Art. 70). Die Notstandsbefugnisse des Präsidenten wurden eingeschränkt (Art. 76) und das Recht zur Auflösung des Parlaments wurde ihm genommen, während die Kontrollbefugnisse des Parlaments gegenüber der Regierung durch Untersuchungsrechte gestärkt wurden (Art. 61).<sup>289</sup> Die Grundrechte wurden effektiver geschützt und das persönliche Freiheitsrecht konkretisiert (Art. 12). Im Falle des Staatsnotstandes war weder eine zeitweilige Außerkraftsetzung noch eine generelle Beschränkung von Grundrechten zulässig. Nur namentlich genannte einzelne Grundrechte konnten in Kriegszeiten, bei bewaffneten Konflikten oder ähnlichen Situationen des nationalen Notstandes weiter eingeschränkt werden als in der Normallage (Art. 76 u. Art. 77). Weiterhin wurde dem Präsidenten der militärische Oberbefehl zugewiesen (Art. 74), und die Streitkräfte wurden zu politischer Neutralität verpflichtet (Art. 5, Abs. 2). Die Pressezensur wurde ausdrücklich verboten (Art. 21 Abs. 2). Die Ernennung aller Richter des Obersten Gerichtshofs (durch den Präsidenten) bedurfte der Zustimmung des Parlamentes. Damit wurde das Parlament deutlich aufgewertet. Von zentraler Bedeutung war die erstmalige Einführung einer Verfassungsgerichtsbarkeit nach dem Modell des deutschen Bundesverfassungsgerichtes. Mit der Schaffung des Verfassungsgerichtshofs verstärkte man generell die Bindung der Staatsorgane an das Recht, vergrößerte den Einfluss der Rechtsprechung unter Sicherung ihrer Unabhängigkeit und unterstrich die verfassungsrechtlichen Bindungen der Staatsgewalt (Art. 111 u. Art. 112).<sup>290</sup> Die neue Verfassung versuchte, durch die Einführung des richterlichen

---

<sup>288</sup> Zur Verfassung der Sechsten Republik siehe Anhang 3: Constitution of the Republik of Korea.

<sup>289</sup> Machetzki 1989: 170-171.

Prüfungsrechts gegenüber der Regierung und dem Parlament ein Gegengewicht zu schaffen und auf diese Weise die Einhaltung der Verfassung, vor allem die der Grundrechte, besser zu gewährleisten. Dies war eine bemerkenswerte Entwicklung in der koreanischen Verfassungsgeschichte, in der ein richterliches Prüfrecht in Bezug auf die Verfassungsmäßigkeit der Gesetze bisher völlig gelähmt bzw. praktisch nicht vorhanden war. Trotz dieser demokratischen Verfassung von 1987 schien nach wie vor mit zweierlei Maß gemessen zu werden, wer in den Genuss der verfassungsrechtlich garantierten Grundrechte kam. Das „Nationale Sicherheitsgesetz“ bot der Judikative weiterhin die Möglichkeit der Willkür und damit eines Eingreifens in das persönliche Leben der Bürger.

### **3.3. Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen von 1987**

Roh Tae-Woo wurde am 25. Juli Nachfolger Chuns als Parteichef, und die DGP gab offiziell seine Kandidatur zur Präsidentschaftswahl bekannt. Er hatte inzwischen durch sein scheinbares Einlenken auf einen demokratischen Kurs in der Bevölkerung größere Sympathie gewonnen. Roh betonte in der Öffentlichkeit seinen Demokratiewillen. Er konnte sich ziemlich erfolgreich ein anderes Bild als sein Vorgänger Chun verschaffen. Er schien bereit zu sein, sich durch eine weiche Linie ein gutes Image aufzubauen. Das größte Problem aber blieb für ihn das bittere Erbe des Kwangju-Aufstandes. Die Verantwortung für das Massaker lastete auch auf Roh, denn zur Zeit des Aufstandes von Kwangju war er Kommandeur der Garnison von Seoul. Währenddessen war Kim Dae-Jung am 9. Juli 1987, sieben Jahre nach seiner Verhaftung und Verurteilung, vollständig rehabilitiert worden. Die Rückkehr Kim Dae-Jungs in die politische Arena Südkoreas stellte für die Opposition eine neue Situation dar. Dem Oppositionslager stand mit dieser Rehabilitierung nun ein zweiter potentieller Präsidentschaftskandidat zur Verfügung. Angesichts der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen vom 16. Dezember 1987 konnten sich jedoch die beiden Führer der größten Oppositionspartei DWP Kim Yong-Sam und Kim Dae-Jung, nicht darüber einigen, wer Präsidentschaftskandidat ihrer Partei werden sollte. Beide hatten in der Vergangenheit gleichermaßen unter der

---

<sup>290</sup> Vgl. Korea Annual, Seoul 1993, S. 377-389.

autoritären Militärherrschaft gelitten und nach jahrelanger Verfolgung oder Behinderung entscheidend zu der sich nun in der Verfassung niederschlagenden Demokratisierung des Landes beigetragen. Nach außen äußerten die zwei Kims sich mehrmals über die Notwendigkeit des gemeinsamen Oppositionskandidaten.<sup>291</sup> Aber sie zögerten, sich auf einen gemeinsamen Kandidaten zu einigen. Mit der Forderung des Parteichefs Kim Young-Sam konfrontiert, seine Kandidatur durch einen Mehrheitsentscheid des Parteitages beschließen zu lassen, trat Kim Dae-Jung aus der Partei zurück und gründete nur wenige Wochen vor den Wahlen eine neue Partei, die Friedens- und Demokratiepartei (FDP). Etwa ein Drittel der Parlamentsabgeordneten der DWP folgten ihm in die neue Gruppierung. Alle Bemühungen der Opposition, die Parteispaltung rückgängig zu machen, scheiterten sowohl an der mangelnden Einsicht als auch an der erbitterten Rivalität der beiden Kims. Jeder der Kontrahenten beanspruchte für sich, der bessere Vorkämpfer der Demokratisierung des Landes gewesen zu sein, mehr Opfer für das gleiche Ziel auf sich genommen und auch in der Bevölkerung die größere Gefolgschaft zu haben und bestand deshalb auf der alleinigen Kandidatur. So ging die gespaltene Opposition getrennt in den Wahlkampf und wurde am 16. Dezember 1987 gemeinsam geschlagen.

„Jede dieser gegen den Autoritarismus kämpfenden Kräfte muss also über ihre künftige Stellung in der Demokratie nachdenken. Sie müssen alle geschlossen gegen die Diktatur stehen, aber sie müssen sich gegeneinander abgrenzen. Wenn sie sich zu früh gegeneinander abgrenzen, wird es ihnen wahrscheinlich so ergehen wie in Südkorea. Insbesondere gilt dies für Südkorea: wo die Rivalität zwischen den beiden autoritären Präsidentschaftskandidaten - eine Rivalität, die persönliche, aber auch ökonomische und regionale Gründe hatte – dem mit der Diktatur liierten Kandidaten zum Wahlsieg verhalf.“<sup>292</sup>

Bei der direkten Präsidentschaftswahl wurde der Kandidat der Regierungspartei Roh mit einer relativen Mehrheit von 36,6 % der Wählerstimmen (25,87 Mio.) zum Staatspräsident gewählt. Kim Young-Sam erhielt 27,5 %, Kim Dae-Jung 26,5 % und

---

<sup>291</sup> Denn sowohl Kim Dae-Jung als auch Kim Young-Sam war klar, dass nur eine geeinte Opposition die historische Wende herbeiführen und die 26jährige Militärherrschaft würde beenden können.

<sup>292</sup> Przeworski 1990, S. 199.



Kim Jong-Pil<sup>293</sup> 7,9 % der Wählerstimmen.<sup>294</sup> Die beiden Kims der Opposition hatten es zusammen auf 54 % der Stimmen gebracht. Unmittelbar nach seinem Wahlsieg verkündete Roh, der undemokratische Staat habe für immer ein Ende gefunden und die Stimmen für ihn seien eine vertrauenswürdige Wahl gewesen. Davon überzeugt bestätigte die Bevölkerung in den folgenden Parlamentswahlen im April 1988 die Regierungspartei in ihrem Amt: Mit einem Stimmenanteil von 33,7 % gewann die DGP 87 Direktmandate und brachte es zusammen mit den Listenplätzen auf 125 von 299 Abgeordneten – 25 weniger als die absolute Mehrheit. Stärkste Oppositionspartei wurde Kim Dae-Jungs PFD, die mit 19 % der Stimmen 54 der neuen „Ein-Mann-Wahlkreise“<sup>295</sup> eroberte und zusammen mit den Listenplätzen 70 Mandate erhielt. Kim Young-Sams DWP erzielte mit 23,6 % der Stimmen 59 Sitze, davon 46 Direktmandate. Kim Jong-Pils NDRP konnte mit 15,3 % Stimmenanteil 27 Direktmandate erringen, was ihr insgesamt 35 Sitze eintrug.<sup>296</sup> Acht Jahre nach der politischen Unterdrückung zogen die „drei Kims“ alle zusammen als Sieger in das Parlament ein. Damit sah sich Präsident Roh, erstmals in der koreanischen Geschichte, einer Mehrheit der Opposition im Parlament gegenüber.<sup>297</sup>

---

<sup>293</sup> Kurz vor der Wahl, am 28. September 1987, gründete Kim Jong-Pil seine eigene Partei NDRP (Neue Demokratisch-Republikanische Partei), eine Neuauflage der Regierungspartei DRP der Ära Park Chung-Hee.

<sup>294</sup> Vgl. Kindermann 1994: 170.

<sup>295</sup> Das neue Wahlrecht ersetzte die bisher 92 Wahlkreise mit je 2 Abgeordneten durch 224 Ein-Mann-Wahlkreise; weitere 75 indirekte Mandate wurden nach einem Verhältnisschlüssel auf jene Parteien verteilt, die mindestens fünf Direktmandate errungen hatten, dabei wurde die Reihenfolge der errungenen direkten Mandate zugrunde gelegt, so dass eine Mehrheit für die relativ stärkste Partei sichergestellt war. Erreichte jedoch keine Partei mit der Gesamtzahl ihrer direkten und indirekten Mandate die absolute Mehrheit, so erhielt die Partei mit den meisten Direktmandaten zwei Drittel oder 50 der indirekten Mandate, die übrigen 25 indirekten Mandate wurden nach dem erwähnten Schlüssel der Direktmandate unter den übrigen Parteien aufgeteilt. Vgl. Friedman 1994: 138.

<sup>296</sup> Ebd.

<sup>297</sup> Diese für die Opposition dominante Konstellation änderte sich dann wieder, als es im Januar 1990 der Regierungspartei DGP gelang, die WDP Kim Young-Sams und eine zweite Oppositionspartei, die NDRP unter Kim Jong-Pil, für eine Regierungskoalition Liberaldemokratische Partei (LDP) zu gewinnen, möglicherweise um zu beweisen, dass sie tatsächlich hinter dem Demokratisierungsprozess stand. Vgl. Choi, J.-U. et al. 1997: 12.

**Tab. 14: Ergebnisse der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen**

	Präsidentschaftswahl 1987	Parlamentswahlen 1988
DGP	36,6 %	34,0 %
PWD	27,6 %	23,8 %
NDRP	8,0 %	15,6 %
PFD	26,6 %	19,3 %

*Quelle:* Kim, Y.-H. 1994: 196.